

Russisches Roulette in Vaduz

Beitrag vom 26.05.2013

Das Massengeschäft mit Offshore-Firmen bringt Liechtensteiner Treuhänder ins Umfeld von Mafiosi, Betrügern und Geldwäschern

Von C. Boss, M. Stoll, T. Plattner, O. Zihlmann und F. Imbach

In den 2,5 Millionen Dokumenten über Steuerparadiese, die in den letzten Monaten ans Journalistennetzwerk ICIJ gelangten, sind die Liechtensteiner prominent vertreten: Mindestens 120 Personen und Firmen mit Adressen im Fürstentum sind in der Datenbank erwähnt, annähernd so viele wie in ganz Frankreich.

Die Daten zeigen, welche grosse Risiken einige Liechtensteiner Treuhänder mit ihrem Offshore-Geschäft eingegangen sind. Als Direktoren von Briefkastenfirmen geraten sie immer wieder an dubiose oder gar kriminelle Personen - auch nach der von der Regierung in Vaduz im März 2009 beschlossenen Weissgeldstrategie.

Ein halbes Jahr nach diesem öffentlich verkündeten Wechsel zum sauberen Finanzplatz interessierten sich Geldwäschereiermittler mehrerer Länder beispielsweise für ein unauffälliges Treuhandunternehmen in Schaan wegen eines Betrugsfalls in Kasachstan.

Zur Kundschaft der Liechtensteiner gehörte der kasachische Unternehmer Margulan Seisembayew. Mit seinem Privatjet steuerte der 47-Jährige regelmässig Zürich an. Hier traf er seine Banker, Rechtskonsulten und die Liechtensteiner Treuhänder. Alle waren beeindruckt: Im Gegensatz zu anderen Osteuropäern sprach der gepflegte Seisembayew gutes Englisch. Und vor allem: Alles, was der ehemalige Bauernsohn und passionierte Schachspieler an die Hand nahm, generierte Millionen - seine Geflügelfarmen, sein Weizengeschäft, seine Mobilfunkunternehmen. Als Besitzer der Alliance-Bank war er auf dem Höhepunkt seiner Karriere Chef über 3500 Mitarbeiter in 130 Filialen. Damals begannen die Liechtensteiner Treuhänder für ihn Offshore-Konstrukte zu bauen.

Mutmasslicher Deliktbetrag: 1,1 Milliarden Dollar

Die Bilderbuchkarriere des Kasachen endete im Sommer 2009 abrupt. In seinen Ferien tauchte er im Ausland unter. Die kasachische Finanzpolizei hatte eine Untersuchung gegen ihn und Exponenten seiner Bank wegen Veruntreuung von Bankvermögen gestartet.

Mutmasslicher Deliktbetrag: 1,1 Milliarden Dollar. Auch in Zürich untersuchte die Staatsanwaltschaft Banktransaktionen des Kasachen, und in Vaduz begann die Geldwäschereibekämpfungsstelle Seisembayew und seine Geschäftskontakte unter die Lupe zu nehmen.

Während ihrer Nachforschungen - sie bleiben von der Schweizer Öffentlichkeit bis heute unbemerkt - stiessen die Ermittler auf vier Briefkastenfirmen auf den Britischen Jungferninseln in der Karibik und auf Samoa im Pazifik. Die Firmen - sie hiessen Aquanta, Bazora, Xilliana und Serbina - liessen die Liechtensteiner Treuhänder von einer Firma

verwalten, die sie in Panama und auf den Seychellen gegründet hatten. Vier ehemalige und ein aktueller Verwaltungsrat der Treuhandfirma zogen laut Dokumenten der Offshore-Leaks-Datenbank die Fäden in dieser Servicegesellschaft.

Im Zentrum der Ermittlungen standen Darlehen von zwei grossen russischen Investmentfirmen über 500 Millionen und 480 Millionen Dollar an Seisembayews Offshore-Konstrukt. Als Sicherheit für den Milliardenkredit wurden von Seisembayews kasachischer Bank US-Staatsanleihen hinterlegt. Über das Offshore-Konstrukt wanderten so offenbar Millionen in die Privatschatullen des Bankdirektors und seiner Komplizen.

Im Zentrum des Betrugsfalls stand neben Liechtenstein auch die Schweiz. Denn alle im Ländle gegründeten Offshore-Firmen hatten ein Konto bei der HSBC Private Bank in Zürich. Inhaber: der Kasache Seisembayew. Über diese Konten wurden die 980 Millionen Dollar wild gestückelt hin und her transferiert.

Mehrere Bankdirektoren wurden in der Folge in Kasachstan verhaftet. Ein Bezirksgericht in Almaty verurteilte Bankbesitzer Seisembayew und einen Direktor wegen Veruntreuung zu zweijährigen Gefängnisstrafen. Die Behörden in Liechtenstein und Zürich stellten ihre Ermittlungen ein. Die involvierte Bank und das Treuhandunternehmen wollten sich nicht zu konkreten Fragen äussern: Bank- und Treuhändergeheimnis. Man habe die Meldevorschriften eingehalten, beteuern beide. Aus dem Fall, schreibt der heutige Direktor des Treuhandunternehmens, gebe es keine Lehren zu ziehen.

Steuerrückzahlungen dank fingierter Schulden

Warum auch? Im Offshore-Geschäft werden Risiken bewusst eingegangen. Die Errichtung von Offshore-Firmen sei ein Massengeschäft, «da ist das Risiko grösser, dass man in dubiose Geschäftsbeziehungen gerät», sagt Geldwäschereispezialist Mark van Thiel, Ex-Kadermann bei der Schweizer Geldwäschereimeldestelle. Dabei wäre die Verantwortung klar: Der Direktor einer Offshore-Firma hat die Funktion eines Verwaltungsrats. Das, sagt van Thiel, verpflichte ihn, genau hinzuschauen, wer sonst noch im Verwaltungsrat sitze, wem die Firma gehöre oder wer vorher diese Firma führte. «Sollten da dubiose Geschäftsleute oder gar Kriminelle auftauchen, ist es unverantwortlich als Verwaltungsrat, seinen Namen zu geben.»

Dieses Credo missachteten zwei andere Liechtensteiner Treuhänder. R. und B. arbeiteten 2009, als in Vaduz gerade die Weissgeldstrategie verkündet wurde, auf den Britischen Jungferninseln im Büro der IGT, einer Tochter der Liechtensteiner VP-Bank. Das Treuhandunternehmen ist Anbieter von Offshore-Diensten. Dokumente von Offshore-Leaks zeigen, wie die beiden in geschäftliche Verbindung mit Stephen John Kelly geraten sind, einer zentralen Figur im sogenannten Magnitski-Fall, einem der spektakulärsten Korruptionsfälle weltweit.

Kelly wird verdächtigt, damals mit russischen Betrügern und korrupten Beamten im Geschäft gewesen zu sein. In Moskau durchsuchten 2008 russische Polizisten die Anwaltsbüros der britischen Firma Hermitage Capital. Dabei wurden angeblich Besitztumme von drei milliardenschweren Tochterfirmen entwendet. Kurze Zeit später tauchten die Unternehmen mit neuen Eignern wieder auf und wurden dank fingierten Schulden so abgewertet, dass die Betrüger beim Staat über 200 Millionen Franken Steuerrückzahlungen verlangen konnten.

Ein Kronzeuge starb aus ungeklärten Gründen

Die Rückzahlung bewilligte die Chefin eines Moskauer Steueramtes innert eines Tages. Kurz darauf landeten mindestens 20 Millionen Franken auf Schweizer Bankkonten ihres Ehemannes - zum Teil bei der Credit Suisse. Private Ermittler von Hermitage fanden heraus, dass gleichzeitig auf den Jungferninseln eine Firma von Stephen Kelly die drei gestohlenen Unternehmen für 750 Millionen Dollar aufkaufte - und in die Liquidation führte. Das zeigen Dokumente von Offshore-Leaks. Damit sollten Spuren verwischt werden, vermuten Anwälte der betrogenen Hermitage. Das höchste Gericht auf den Jungferninseln untersagte Kelly im

September 2008 jegliche Geschäftstätigkeit mit den drei gestohlenen Firmen. Seither suchen Ermittler weltweit nach weiterem Geld. Ivan Cherkaso von Hermitage sagt: «Wir untersuchen auch die Aktivitäten verschiedener Firmen unter anderem im Kelly-Umfeld.»

Kelly war also kein unbeschriebenes Blatt, als die Liechtensteiner IGT-Treuhänder mit ihm 2009 ins Geschäft kamen und über zwei verschiedene Firmen von ihm Direktorenposten und Aktienanteile einer russischen Reiseagentur übernahmen. So werden üblicherweise im Offshore-Geschäft Besitzverhältnisse verschleiert.

Der russische Hermitage-Anwalt Sergei Magnitski starb 2009 in der Haft, nachdem er den gigantischen Korruptionsfall aufgedeckt hatte. Zuvor wurde er misshandelt. Auch ein Kronzeuge der Schweizer Bundesanwaltschaft, die seit 2011 ermittelt, starb aus ungeklärten Gründen im letzten November in England.

Die IGT will zur Geschäftsbeziehung mit Kelly nichts sagen: «Über mögliche Kundenbeziehungen machen wir keine Angaben», sagt Dominik Risch, Geschäftsführer der IGT. Die Sorgfaltspflichtenregeln würden aber in jedem Fall strikt eingehalten; jede Geschäftsbeziehung werde sorgfältig geprüft.

Schätzen Liechtensteiner Treuhänder Risiken falsch ein? David Zollinger, früher Zürcher Staatsanwalt für Wirtschaftsdelikte und heute Geschäftsführer einer Firma für Sicherheitsprüfungen, meint: «Nicht Drogen- und Waffenhändler, sondern der Betrüger oder der korrupte Beamte und seine Helfershelfer sind heute die grösste Gefahr für Treuhänder.» Beim Errichten von Offshore-Firmen ab der Stange sei den Treuhändern immer wieder die Kontrolle entglitten: «Direktorenposten oder VR-Mandate wurden im Nebenamt geführt; mit dem risikoreichen Tagesgeschäft gab es keinerlei Kontakt», sagt Zollinger.

So geschehen im Fall des Liechtensteiner Treuhänders T. Er wurde vor einigen Jahren von Fürst Hans Adam II. wegen «hervorragender Verdienste um das Fürstentum» mit dem Komturkreuz ausgezeichnet. Wenige Tage danach reichte in den USA ein hohes Mitglied der Demokratischen Partei Klage gegen T. und andere Personen ein. Er sei in ein Trickschema mit Aktien involviert gewesen, bei dem über 100 Millionen Franken verloren gingen. T. verteidigt sich, er habe nur treuhänderisch Aktien einer Holding gehalten, die mit einer verdächtigten Firma verbunden war. Letzten Sommer hat sich T. mit den Klägern geeinigt, für einen Rückzug aller Klagen 100 000 Dollar zu zahlen.

Bis heute ist Jack F. nicht angeklagt

Trotz dieser negativen Erfahrungen und trotz der inzwischen offiziell verkündeten Weissgeldstrategie in Liechtenstein übernahm T. Ende 2010 in Asien eine Firma von Jack F. - einem Mann, der damals bereits seit Monaten unter Verdacht stand, vom grössten Pensionskassenbetrug der australischen Geschichte profitiert zu haben. 164 Millionen Franken von 6090 Australiern verschwanden in Offshore-Firmen. Ein Kunde von F. stand damals bereits vor Gericht und kam später ins Gefängnis.

Bis heute ist Jack F. weder angeklagt noch verurteilt. In den Offshore-Leaks-Dateien finden sich jedoch private E-Mails von Insidern, die sich wenig schmeichelhaft über ihn äussern. Eine renommierte Anwältin und Bekannte von F. schrieb bereits 2006, man nenne ihn «Teflon-Jack» - nichts bleibe an ihm haften. Und: «He means nothing but trouble.»

T. meint, er habe Jack F. eingehend in verschiedenen Datenbanken geprüft. Experten sind skeptisch. «Angesichts der Vielzahl von Pressemitteilungen und des Verdachts deliktischen Handelns wäre höchste Zurückhaltung angebracht gewesen», sagt Monika Roth, Compliance-Expertin und Professorin an der Hochschule Luzern. Firma und Personen dahinter hätten hinterfragt werden müssen. «Eine objektive Bewertung hätte wohl zum Schluss geführt: Finger weg vom Erwerb dieser Firma!», so Roth. Von T.s riskanten Geschäften merkte man in Liechtenstein nichts. T. durfte inzwischen auch die goldene Verdienstmedaille «Pro Meritis» von Erzbischof Wolfgang Haas in Empfang nehmen.

In den Offshore-Leaks-Daten finden sich weitere Fälle, wo Liechtensteiner ins Umfeld von Betrugsfällen gerieten. Sie stehen im Widerspruch zur offiziellen Linie, wonach die Treuhänder zu neuen Geschäftsmodellen wechseln sollen - weg von Billigbriefkastenfirmen hin zu intensiver Betreuung reicher Kunden, die auch steuerlich legal operierten. «Die Risiken gehen wir heute ganz anders an als noch vor Jahren», sagt Beat Graf vom Allgemeinen Treuunternehmen (ATU) in Vaduz; die Früherkennung von Risiken sei heute zentral.

Noch sei der Umbau des Finanzplatzes Liechtenstein nicht abgeschlossen. «Der Markt befindet sich in einer Übergangsphase - die Umstellung ist ein längerer Prozess», sagt Clemens Laternser, Geschäftsführer der Liechtensteinischen Treuhändervereinigung. Er räumt ein: «Wir sind noch nicht ganz in der neuen Ära angelangt.»

Diese neue Ära umfasst auch die steuerliche Legalisierung aller verwalteten Gelder in Liechtenstein. «Ein erheblicher Teil der knapp 120 Milliarden Franken, die in Liechtenstein verwaltet werden, müssen noch reguliert werden. Der Prozess ist im Gange», sagt der ehemalige Liechtensteiner Steuerverwalter Marco Felder, der heute bei PricewaterhouseCoopers das Ressort «Steuern und Recht Liechtenstein» leitet. In zwei Jahren spätestens soll der Finanzplatz sauber sein. Ab 2016 gilt in Liechtenstein qualifizierte Steuerhinterziehung als Vortat zur Geldwäscherei.

Jetzt sitzt einigen Treuhändern im Ländle die Angst im Nacken, entdeckt zu werden, bevor die Gelder legalisiert sind - vor allem, seit die Offshore-Daten weltweit bei den Behörden liegen.

recherchedesk@sonntagszeitung.ch

Publiziert am 26.05.2013

durch: sonntagszeitung.ch